



Presseschau vom 16.11.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends / nachts:

de.sputniknews.com: Pentagon lehnt Russlands Vorschlag zu gemeinsamen Luftschlägen gegen IS ab

Das Pentagon hat den russischen Vorschlag gemeinsamer Luftschläge gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ in Syrien abgelehnt. Laut einem Vertreter des Pentagons unternimmt die von den USA angeführte Koalition keine militärischen Operationen gegen Terroristen mit dritten Seiten.

„Die Koalition fliegt keine Luftschläge im Irak oder in Syrien auf Anfrage des syrischen Regimes oder der Russischen Föderation“, sagte der Vertreter des Pentagons gegenüber RIA Novosti. „Wenn wir Angaben oder Informationen, dass es IS-Terroristen in unserer Verantwortungszone gibt, aus dritter Hand erhalten, können wir unsere eigene Ermittlung durchführen, um die Glaubwürdigkeit solcher Angaben zu bestätigen“.

Wenn solche Informationen bestätigt würden, würden die Militärs beginnen, „unabhängig von dritten Personen“ Luftschläge zu planen, so der Vertreter des Pentagons.

Am Dienstag hatte das russische Verteidigungsministerium mitgeteilt, das Kommando der russischen Kräfte in Syrien habe der von den USA angeführten Koalition zweimal vorgeschlagen, die Kolonnen der IS-Terroristen am östlichen Ufer des Euphrat gemeinsam zu vernichten.

de.sputniknews.com: **Schröder wirft Kiew „Krieg gegen den Donbass“ vor**

Altkanzler Gerhard Schröder hat in einem Interview für die Zeitung „Die Welt“ der

ukrainischen Regierung vorgeworfen, gegen den Donbass einen Krieg zu führen.

„Kiew führt Krieg gegen den Donbass und schneidet die Menschen dort von Energielieferungen ab“, sagte Schröder der Zeitung.

Der Altkanzler äußerte sich auch zum Beitritt der Krim zu Russland. „Hätte Chruschtschow nicht geglaubt, dass die UdSSR so alt wird wie die katholische Kirche, dann hätte er 1954 die Krim nicht der Ukraine, damals ja Teil der Sowjetunion, geschenkt“, betonte der Politiker.

Schröder hielt es auch für absurd, dass Russland die baltischen Staaten angeblich „annektieren“ will.

Der Altkanzler äußerte sich außerdem gegen die EU-Sanktionspolitik gegen Russland. Sie habe bisher keinen Erfolg gehabt, weder auf der einen noch auf der anderen Seite.

„Die Russen sind unsere Nachbarn. Wir brauchen deren Markt und deren Energie. Wir brauchen sie politisch, wenn wir an den Nahen und Mittleren Osten, das iranische Atomprogramm oder die Kaukasusregion denken“, unterstrich Schröder.

Er verglich auch den russischen Präsidenten Wladimir Putin mit US-Präsident Donald Trump.

„Verglichen mit dem US-Präsidenten können wir froh sein, einen Putin zu haben“, so der Altkanzler....

Vormittags:

de.sputniknews.com: Russland gegen UN-Resolutionen zu Iran, Nordkorea und Syrien
Der Dritte Ausschuss der UN-Generalversammlung hat Resolutionen über die Verletzung von Menschenrechten im Iran, in Nordkorea und in Syrien verabschiedet. Russland unterstützt keines dieser Dokumente.

Die von Saudi-Arabien vorgelegten 15-seitige Resolution zu Syrien beklagt „die ernsthafte Verschlechterung der Lage im Bereich der Menschenrechte“, Morde sowie angebliche Absichtsangriffe mit Schwerwaffen auf Zivilisten mit dem Einsatz von Schwerwaffen sowie infolge von Luftangriffen. Auf diese Weise sollen bereits mehr als 400.000 Menschen, darunter 17.000 Kinder ums Leben gekommen sein.

Der ständige Vertreter Syriens bei der Uno, Baschar al-Dschafari, betonte, dass „das diktatorische Regime“ in Saudi-Arabien vor dem Hintergrund zahlreicher eigener Verletzungen in diesem Bereich gar kein Recht habe, über Menschenrechte zu sprechen. Er erinnerte daran, wie beispielsweise Frauen in diesem Land behandelt würden.

Die Resolution zu Syrien wurde trotzdem verabschiedet: 108 Länder stimmten dafür, 17 dagegen, und 58 enthielten sich der Stimme.

In der Resolution zu Nordkorea, die sogar ohne Abstimmung verabschiedet wurde, werden andauernde, systematische und weitverbreitete Verletzungen der Menschenrechte im Land verurteilt. Das Dokument beruht auf Schlüssen der UN-Kommission, denen zufolge im Land im Laufe von Jahrzehnten Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf der höchsten Staatsebene verübt würden.

Das Komitee der UN-Generalversammlung schlug wie auch im vergangenen Jahr dem UN-Sicherheitsrat vor, die Nordkorea-Frage zur Behandlung an den Internationalen Strafgerichtshof zu übergeben. Russland, China, Syrien und andere Länder stimmten gegen die Erörterung von einseitigen Sanktionen in UN-Rechtsschutzorganen.

„Diese Methode ist aus unserer Sicht wirkungslos und kann die Konfrontation zwischen den Staaten nur noch verschärfen“, hieß es aus der russischen Delegation.

In der Resolution zum Iran wird Besorgnis wegen angeblich ernsthafter Beeinträchtigung und Einschränkung der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Gesinnungsfreiheit sowie wegen zahlreicher Todesstrafen im Land geäußert. Gegen die Resolution stimmten 30 Länder,

darunter Russland, China, Indien, Venezuela.

Dnr-news.com: Die ukrainische Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren gegen den Abgeordneten eröffnet, der vorgeschlagen hatte, Melitopol mit der RF zu vereinigen

Die Staatsanwaltschaft des Oblast Saporozhe hat ein Strafverfahren laut Artikel des Angriffs auf die territoriale Integrität der Ukraine aufgrund der Erklärung des Abgeordneten Jewgenij Balitzkij zur Abtrennung Melitopols eröffnet. Dies berichtet der Pressedienst der Behörde.

„Die Staatsanwaltschaft des Oblast hat gemäß eines Berichts in den Medien vom 15.

November 2017 Angaben im Einzelregister der vorgerichtlichen Untersuchungen eingereicht wegen einer kriminellen Handlung gemäß Strafgesetzbuch der Ukraine, Band 2, Artikel 110

(Angriff auf die territoriale Integrität und Unantastbarkeit der Ukraine, begangen von einem Vertreter der Regierung) bezüglich der Äußerungen des Abgeordneten der Ukraine Balitzkij

J.W. im Abendprogramm des Fernsehsenders ‚112‘ am 13.11.2017“, heißt es in der Erklärung



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-11/thumbs/1510818472_maxresdefault-5.jpg

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **fünfmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Krasnyj Jar, Dolgoje, Kalinowka und Losowoje**.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: **Ukraine verstärkt Kontrolle an EU-Grenze**

Die ukrainische Grenzbehörde hat über 100 Menschen und mehr als 30 Fahrzeuge ins Gebiet Transkarpatien geschickt, um den Schutz an der Grenze zur Slowakei zu verstärken.

„Die bedrohlichsten Teile der Grenze in diesem Gebiet wurden mit zusätzlichem Personal, Technik und Diensthunden verstärkt“, hieß es auf der Webseite der Behörde.

Laut der Pressesprecherin der Grenzschutzabteilung Tschopskij, Jelena Tratschuk, brauchen Grenzbeamte die Verstärkung wegen eines erheblichen Anstiegs der illegalen Migration in der Region. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der an der Grenze festgenommenen illegalen Migranten um 80 Prozent gestiegen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31831/69/318316964.jpg>

ukrinform.ua: Grundstücke an Staatsgrenze: 100 Razzien in Transkarpatien

Die Sicherheitsbehörden führen in drei Rayons der Region Transkarpatien gleichzeitig 100 Durchsuchungen durch.

Die Durchsuchungen fanden im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens über die Aneignung von 140 Hektar Flächen an der Staatsgrenze der Ukraine statt, teilte die Sprecherin der Militärstaatsanwaltschaft der Westlichen Region, Julia Haluschtschak, im Fernsehsender „112 Ukraine“ mit. Neben der Militärstaatsanwaltschaft beteiligen sich an der Aktion auch Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes SBU, Grenzschutzdienstes und der Nationalen Polizei. Eine organisierte Gruppe von Personen habe nach der Aneignung von Grundstücken an der Grenze mit Cannabis und Opium gehandelt, so die Sprecherin.

Nach Angaben des Grenzschutzdienstes sind Panzerfahrzeuge und Luftstreitkräfte des Dienstes bei den Durchsuchungen im Einsatz.

Armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **29 Mal** das Regime der Feuereinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **16 Ortschaften der Republik** mit Mehrfachraketenwerfern, Artillerie, Mörsern verschiedenen Kalibers, Schützenpanzerwagen- und Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Die ukrainische Seite verletzt weiter grob die Minsker Vereinbarungen. So hat der Gegner gestern zwischen 23:00 und 23:30 die Gebiete von **Golmowkij und Karlo-Marxowo** mit verbotenen Waffen beschossen und 22 Artilleriegeschosse des Kalibers 152mm abgeschossen. Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: Rusada bleibt suspendiert – Moskau kommentiert WADA-Entscheidung
Die russische Anti-Doping-Agentur (Rusada) bleibt laut der jüngsten Entscheidung der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) suspendiert.

Die russische Seite hat laut Mitgliedern des Rates zwei Hauptforderungen nicht erfüllt: Erstens sollte Russland den Bericht von Ermittler Richard McLaren anerkennen, zweitens sollte die WADA Zugang zu Doping-Proben bekommen, die in einem Moskauer Laboratorium versiegelt sind. Somit hat sich die WADA geweigert, die russische Anti-

Doping-Agentur für konform mit den WADA-Regeln zu erklären und wieder in ihre Rechte einzusetzen.

Der Präsident des Olympischen Komitees Russlands, Alexander Schukow, der an der Sitzung teilnahm, hatte zuvor gesagt, dass die russische Seite die Ergebnisse des McLaren-Berichts überhaupt nicht akzeptieren könne. Er rief dazu auf, Rusada die Vollmachten zurückzugeben, weil die Organisation völlig reformiert worden sei, eine neue Leitung habe und komplett unabhängig von der Regierung sei.

Nach Bekanntgabe der WADA-Entscheidung sagte Schukow, dass dies die Teilnahme der „sauberen“ Sportler an jeglichen Wettbewerben nicht verhindern werde. Die Entscheidung über die Rusada solle man nicht mit der bevorstehenden Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) über die Zulassung der russischen Sportler zu den Olympischen Spielen in Pyeongchang verbinden.

Gleichzeitig warf Schukow dem WADA-Komitee unter der Leitung von Jonathan Taylor, das die Compliance-Struktur überarbeiten soll, vor, dass es Gründe fingiere, um die Rusada nicht in ihre Rechte einzusetzen.

Russlands Sportminister Pawel Kolobkow sagte dazu:

„Die zwei Forderungen (der WADA – Anm. d. Red.) haben offenbar einen politischen Charakter. Wir wollen einen Dialog und kein Diktat. Russland verdient ein anderes Verhalten.“

Die jüngste WADA-Entscheidung kommentierte auch der russische Vizepremier Witali Mutko: „Niemand hat eine andere Entscheidung erwartet. Diese wurde von Ausschüssen und entsprechenden, gut informierten Medien annonciert. Es gibt keine neuen Entscheidungen für uns. Und dass diese ohne Einwände fiel, ist vielleicht nicht so schlecht.“ Er betonte:

„Die Wiederezulassung der Rusada und die Teilnahme der Mannschaft an der Olympiade sind zwei unterschiedliche Sachen, sind nicht miteinander verbunden.“

„Durch die Entscheidung hat sich nichts geändert. Die Rusada funktioniert. Eine andere Sache sind die Kriterien. Aus unserer Sicht wurden sie in Russland erfüllt. Und die zusätzlichen und bewusst nicht erfüllbaren zwei Punkte sprechen dafür, dass man nicht den Wunsch hatte, die Rechte wieder zu gewähren“, so Mutko abschließend.

Am 12. September hatte die WADA angekündigt, 95 der ersten 96 untersuchten Fälle von angeblich gedopten russischen Athleten aus dem Bericht von Ermittler Richard McLaren nicht mehr zu verfolgen. Die verfügbaren Beweise seien unzureichend für die Behauptung, dass diese 95 Athleten gegen die Anti-Doping-Richtlinien verstoßen hätten.

Der kanadische Anwalt Richard McLaren hatte 2016 eine Ermittlung im Auftrag der WADA vorgestellt. Danach sollen in Russland zwischen 2011 und 2015 mehr als 1000 Sportler von Doping-Vertuschungen profitiert haben, darunter bei den Olympischen Winterspielen 2014 in Sotschi. Im November dieses Jahres werden die abschließenden Ergebnisse erwartet. Im Anschluss sollen gegebenenfalls Sanktionen verhängt werden. Die WADA hatte bis zuletzt einen Ausschluss der russischen Mannschaft von den Olympischen Winterspielen 2018 in Pyeongchang gefordert.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit, dass in den letzten 24 Stunden die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung 29 beträgt.

Das Territorium der DVR wurden in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie des „Schulwaffenstillstands“ mit folgenden Waffen beschossen... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffen von Artillerie bis Schusswaffe - Anm. d. Übers.).

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 982.

Außerdem haben die ukrainischen Streitkräfte in Verletzung des Regimes der Feueereinstellung im Gebiet von Nowgorodskoje das Feuer auf Positionen der Streitkräfte der

DVR eröffnet.

In den letzten 24 Stunden betrug die Anzahl der Geschosse, die auf das Territorium der DVR abgeschossen wurden, 1775.

de.sputniknews.com: „Während ihr alle geschlafen habt“: Russische Panzer in Kiew eingedrungen

Für viel Aufregung sorgt in Kiew derzeit die Tatsache, dass russische Panzer und Soldaten es bis in die ukrainische Hauptstadt geschafft haben, wie ukrainische Medien berichten.

Zumindest als Spielzeuge made in China.

Diverse ukrainische Aktivisten hätten in den vergangenen Tagen eine regelrechte Okkupation der Regale mehrerer Spielzeuggläden durch Panzer, die dem Armata ähneln, und Plastiksoldaten feststellen müssen.

Darüber berichten ukrainische Medien und Aktivisten in den sozialen Netzwerken.

„Während ihr alle geschlafen habt, sind russische Panzer in die Hauptstadt eingedrungen“, schreibt einer der ukrainischen Patrioten, der Journalist Andrij Bulgarow, in einem Facebook-Post, das er mit Fotos der Spielzeuge versah. Das sei aber kein Grund zu Panik und Flucht – man solle einfach Heugabeln nehmen und die Adresse einmal besuchen, so Bulgarow.

Falls die Spielzeuge nicht bald aus den Verkaufsregalen genommen werden sollten, werde er die „Bude in Brand setzen“. Außerdem machte er den Inlandsgeheimdienst SBU auf das Geschehen aufmerksam.

Kurze Zeit danach antwortete ein Spielzeuggladen-Netz: „Danke, Andrij, dass Sie uns auf in der Ukraine unzulässige Waren aufmerksam gemacht haben. Zum heutigen Zeitpunkt werden sie aus dem Handel gezogen.“

Nach dem Aufruf von Bulgarow sollen sich auch weitere Menschen gemeldet haben, die nach einer „Razzia“ in anderen Läden ebenfalls fündig wurden.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31831/74/318317472.jpg>

Dan-news.innfo: „Heute wurde in der Folge der nächtlichen Beschüsse in Gomowskij in der Straße der Sowjetischen Armee 54 ein Haus beschädigt. Es gab einen Treffer auf das Dach“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

Er fügte hinzu, dass es keine Toten und Verletzten gibt.

nachmittags:

Dan-news.info: „Heute um 10:50 hat die ukrainische Armee zielgerichtet das Feuer aus Richtung Marjinka **auf den Busbahnhof von Trudowskije im Petrowskij-Bezirk von Donezk** eröffnet“, teilte der Leiter der Vertreter der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung Ruslan Jakubow mit. Es wurde mit Schützenpanzerwaffen und großkalibrigen Schusswaffen beschossen. Nach Angaben der GZKK hält der Beschuss noch an. Informationen über Verletzte und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: BND-Chef droht Russland - Die Gefahr aus dem Osten als Vorwand für Rüstung

Uli Gellermann

Wann immer jemand jemanden als „Gefahr“ bezeichnet, will er vorab erklären, dass der „Gefährder“ unschädlich gemacht werden muss. So natürlich auch Bruno Kahl, der Präsident des Bundesnachrichtendienstes BND.

Dass so einer aus der zweiten Reihe – keinesfalls ein politischer Entscheider – sich so was traut, heißt nur: Es ist mit dem Kanzleramt abgestimmt. Also sieht die Merkel nicht nur Russland als Gefahr, sondern als praktische Machtfrau lässt sie ihren Kahl auch schnell noch die passende Frage stellen: Ob denn „die eigenen Wehr- und Rüstungsfähigkeiten ausreichen“. In einer Zeit, in der die Regierung den Rüstungsetat erhöhen will, braucht sie mal wieder eine Gefahr aus dem Osten. Auch wenn sie nur herbeigeredet ist.

Bruno Kahl ist Wolfgang Schäubles Mann an der Spitze des Geheimdienstes: 1996 bis 2005 war Kahl zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion abgeordnet, wo er dem Fraktionsvorsitzenden Schäuble in verschiedenen Funktionen zuarbeitete. Seither gilt er als enger Vertrauter des Rechtsaußen der CDU. Dass Kahl bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände seinen beruflichen Start hatte, um dann als Referent ins Bundeskanzleramt zu wechseln, zeigt nicht nur die enge Verbindung zwischen Wirtschaft und Politik. Es weist auch ziemlich nachdrücklich auf die Verbindung Kahls zur Rüstungsindustrie. Bei so einem ist der Satz „bei der Krim brauchen wir uns keine Hoffnung mehr zu machen“ nicht als Resignation zu verstehen. Dieser Satz ist sowohl die Erinnerung daran, dass man sich bis jüngst Hoffnungen auf den Besitz der Krim gemacht hat, als auch Vorlage für diese Behauptung: "Die machtpolitischen Ambitionen Russlands werden zunehmen."

Kahls öffentliche Warnung vor Russland – „Um es deutlich zu sagen: Statt einem Partner für die europäische Sicherheit haben wir in Russland eher eine potenzielle Gefahr“ – weist auf einen neuen Akzent des Kanzler-Amtes: Bei Verschärfungen der außenpolitischen Linien wartet man nicht mehr auf das zuständige Auswärtige Amt, man schickt gleich den nicht zuständigen Dienst vor. Spätestens nach dem ersten öffentlichen Auftritt der drei geheimen Herren vom Amt – die Präsidenten von BND, Bundesamt für Verfassungsschutz und Militärischem Abschirmdienst hatten Anfang Oktober ihren gemeinsamen Kamera-Termin – muss man vermehrte innenpolitische Sicherheitsanstrengungen als Begleitmusik zur Hochrüstung verzeichnen.

Der Stratege Bruno Kahl denkt über Russland hinaus: Sogar China sieht er als Konkurrenten der deutschen Militärmacht, immerhin habe China einen Stützpunkt am Horn von Afrika. Das ist jene Gegend, in der die Bundeswehr seit 2008 eine „Mission“ betreibt, um jene Piraten zu bekämpfen, die von den Fischfangflotten der EU als Fischer ruiniert worden waren. Aber deutsche Fregatten gelten dem Herren als normal. Während er ein Seemanöver, das China

gemeinsam mit Russland im Sommer in der Ostsee veranstaltete, wohl für bedenklich hält. Es ist für Figuren wie Kahl eben die Frage, wer sich wie weit von den eigenen Küsten weg bewegt.

Doch der neue militärpolitische Sprecher der Bundesregierung denkt gern über Aktionsfelder nach, die ihn eigentlich nichts angehen: „Der Migrationsdruck auf Europa wird zunehmen. Fraglich ist, ob die europäischen Regierungen es schaffen, Steuerungspotenzial aufrechtzuerhalten oder neu zu kreieren, um diese Entwicklung zu beeinflussen.“ Kahl sieht rund eine Milliarde Menschen, die sich bei Gelegenheit nach Europa aufmachen könnten. Statt sich nun Gedanken über die Beendigung von Kriegen in den Fluchtländern zu machen, sorgt er sich um die materielle Hilfe der Fluchtbereiten vor Ort: Selbst wenn es gelänge, die wirtschaftliche Lage einzelner Länder zu verbessern, werde das nicht zu weniger Migration führen, weil nur noch mehr Menschen dann in die Lage versetzt würden, die Reise nach Europa zu finanzieren. Übersetzt: Wenn wir die Hungernden sättigen, kräftigen wir sie nur für den Fluchtversuch. Das ist die Sorte Zynismus, die durch rein militärisches Denken produziert wird

Dan-news.info: „Heute um 11:30 haben Vertreter der Beobachtergruppe des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination „Jasinowataja“ festgestellt, dass von den ukrainischen Truppen von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen verwendet werden. Der Gegner eröffnete das Feuer mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ BM-21 aus dem Gebiet der Awdejewker Kokerei heraus.

Insgesamt wurden von den ukrainischen Soldaten 80 Raketen abgeschossen. Weitere Informationen über den Vorfall werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Kiew will Moskau Vetorecht im UN-Sicherheitsrat wegnehmen**

Der Assistent des US-Außenministers für Europa und Eurasien, Wesley Mitchell, ist nach Kiew zu einem Arbeitsbesuch gereist, um die Behandlung eines Gesetzentwurfs zur ukrainischen Strategie in Bezug auf die Donbass-Region zu beobachten, schreibt die Zeitung "Nesawissimaja Gaseta" am Donnerstag.

Dieses Dokument sollte die Basis für die Einführung der UN-Friedenskräfte in den Osten des Landes bilden. Allerdings haben sich die Hauptakteure, Russland und die USA, über das Format dieser Mission bisher nicht einigen können.

Wie der russische Präsidentenassistent Wladislaw Surkow nach seinem jüngsten Treffen mit dem US-Beauftragten für die Ukraine, Kurt Volker, in Belgrad sagte, hatten die Amerikaner insgesamt 29 Hinweise bezüglich des von Moskau in den UN-Sicherheitsrat eingebrachten Resolutionsentwurfs präsentiert. „Drei von ihnen fand unsere Delegation akzeptabel“, betonte Surkow in einem Pressegespräch. Volker stellte seinerseits fest, dass Moskau und Washington unterschiedliche Konzeptionen des „Fahrplans“ zur Donbass-Regelung haben.

Der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin teilte mit, dass die Vorgehensweise der Amerikaner den Ansichten Kiews entspreche. Nach seinen Worten hatte er in dieser Woche fast jeden Tag mit Volker kommuniziert: „Wir sehen, dass Russland nicht Frieden stiften, sondern seine Kolonie im Donezbecken beibehalten will. (...) Das geht aber nicht.“

Zuvor hatte Volker in einem Interview für den Sender „Voice of America“ gesagt: „Russland hat zwei Varianten der Handlungen im Donezbecken: Wenn sie einen eingefrorenen Konflikt wie in Abchasien, Südossetien oder Transnistrien wollen, das würde sie teuer zu stehen kommen. Aber wenn sie das wollen, werden sie das auch tun – trotz des großen Aufwands. Eine Alternative bestünde darin, dass Russland seine Kräfte abziehen und die Stationierung der UN-Friedensstifter dort voranbringen würde. Das würde Frieden bringen und den Minsker Prozess fördern. Das wäre das zweite Szenario.“

Darüber hinaus teilte Volker mit, dass gerade Washington Kiew überzeugt habe, keinen

eigenen Resolutionsentwurf dem UN-Sicherheitsrat vorzulegen, der eine Alternative für den russischen wäre. Es wäre effizienter, die Vorgehensweisen abzusprechen, damit die Position der Ukraine im russischen Resolutionsentwurf berücksichtigt werde, betonte der US-Diplomat.

Das war gerade der Gegenstand des Treffens Volker-Surkow in Belgrad, doch die Seiten konnten sich nicht einigen.

„Soweit ich verstehe, haben die USA (...) davon profitiert, dass Russland der Einführung der Friedenskräfte in das Donezbecken zustimmte. (...) Wenn es eine Friedensmission geben wird, sollte es dort keine anderen bewaffneten Formationen geben – weder eine ‚Volksmiliz‘ noch ein ‚Volksheer‘ noch eine ausländische Armee noch sogar unsere (ukrainische) Armee. Die Zusammensetzung der Mission bestimmt die Konfliktseite, also die Ukraine. Russland behauptet, mit dem Konflikt nichts zu tun zu haben. Für Russland sind diese Bedingungen absolut inakzeptabel. Aber als es der Einführung der Friedensstifter in die Donbass-Region zustimmte und seinen Resolutionsentwurf dem UN-Sicherheitsrat vorlegte, hat es sich selbst in die Ecke getrieben. Jetzt müsste es diesem Plan zustimmen, denn sonst würde die ganze Welt sehen, dass es seine eigenen Friedensinitiativen aufgibt.“

Russland besteht bekanntlich darauf, dass die UN-Friedenskräfte dieselben Funktionen wie die aktuellen zivilen OSZE-Beobachter haben sollten und sich im Konfliktraum nur dort bewegen dürften, wo die OSZE-Experten sich bewegen dürfen. In Kiew sieht man das anders: Die ukrainische Unterhändlerin in Minsk, Irina Geraschtschenko, schrieb in einem sozialen Netzwerk: „Die ‚Hybrid-Initiativen‘ Russlands (...) sind absolut inakzeptabel. Die Friedensstifter sollten das Recht haben, sich auf dem ganzen zeitweilig okkupierten Territorium zu befinden, auch auf dem unkontrollierten Abschnitt der russisch-ukrainischen Grenze.“

Diese Position brachte auch der ukrainische Verteidigungsminister Stepan Poltorak zum Ausdruck. „Die UN-Friedensmission sollte auf dem ganzen zeitweilig besetzten Territorium entfaltet werden.“ Nach seinen Worten wäre auch Russlands Beteiligung an der Friedensmission unzulässig.

Die selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk lassen sich die Vorschläge Kiews nicht gefallen. Die russische Seite verwies zuvor öfter darauf, dass Kiew das Format der Friedensmission mit den beiden abtrünnigen „Republiken“ behandeln sollte, weil gerade sie die zweite Konfliktseite seien. Aber in Kiew verweigert man diese Gespräche, weil man glaubt, hinter Donezk und Lugansk würde in Wahrheit Russland stehen. Dieser Auffassung ist auch Washington.

Vor dem Hintergrund dieser Kontroversen wird in der Obersten Rada (ukrainisches Parlament) demnächst die Abstimmung über den Gesetzentwurf zur ukrainischen Politik gegenüber den „provisorisch besetzten Territorien“ in den Gebieten Donezk und Lugansk stattfinden. In dem Dokument wird festgestellt, dass die Situation im Osten der Ukraine aus der „russischen Aggression“ resultiere, wobei Russland als „Aggressor“ bezeichnet wird. Die Abgeordneten glauben, dass dieses Gesetz im Falle seiner Verabschiedung die Situation im UN-Sicherheitsrat verändern könnte, wobei Russland sein Vetorecht in diesem Gremium verlieren würde. Denn der ukrainische Außenminister Klimkin sagte jüngst, der ukrainische Resolutionsentwurf des UN-Sicherheitsrats wäre vorbereitet und mit den westlichen Partnern Kiews abgesprochen worden.

Das Problem ist aber, dass dieser Gesetzentwurf auch in Kiew heftige Auseinandersetzungen hervorruft. In erster Lesung wurde er Anfang Oktober gebilligt, und jetzt soll die endgültige Fassung verabschiedet werden. Der Abstimmung wird der Assistent des US-Außenministers, Wesley Mitchell, beiwohnen. Danach wird er nach Polen, Deutschland, Belgien und Großbritannien reisen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31285/10/312851049.jpg>

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die Lage an der Kontaktlinie **bleibt angespannt.**

In Richtung Donezk hat der Gegner Artillerie, Mörser, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **neun Ortschaften** hat der Gegner drei Artilleriegeschosse des Kalibers 152mm, 120 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol haben Einheiten der ukrainischen Streitkräfte auf die Gebiete von **zwei Ortschaften** acht Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen sowie Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner Artillerie, Mörser, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Auf die Gebiete von **fünf Ortschaften** hat der Gegner 22 Artilleriegeschosse, 56 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm abgeschossen. In der Folge eines Beschusses von Golmowskij wurde eine Gasleitung in der Selidowskaja-Straße 27 beschädigt. Zurzeit laufen die Reparaturarbeiten. Außerdem wurde das Dach eines Wohnhauses in der Straße der Sowjetischen Armee 54 beschädigt.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **29 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurde **ein Soldat der Streitkräfte der DVR verletzt.**

Die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte, die in der „ATO“-Zone stationiert sind, verletzen weiter grob die Minsker Vereinbarungen und versuchen, nachdem sie ihre Verbrechen begangen haben, die **Verantwortung dafür auf ungesetzliche Formationen der Nationalisten abzuwälzen.**

So hat nach Angaben unserer Aufklärung eine Artillerieeinheit aus der 25. Luftlandebrigade nach nicht genehmigten Schlägen mit 122mm-Artillerie auf das Territorium der DVR die Schuld dafür auf Einheiten des „Rechten Sektors“, die im Verantwortungsbereich der Brigade stationiert sind, geschoben, um die Verantwortung gegenüber dem Kommando von sich selbst abzuweisen.

Dabei ist es wichtig anzumerken, dass nach jedem „Unterschieben“ durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte die Kämpfer des „Rechten Sektors“ in den Stab der 25. Brigade

vorgeladen werden, um Ermittlungen zu Beschüssen vorzunehmen, an denen sie nicht beteiligt waren.

Ein solches Herangehen ist für die ukrainischen Truppen, insbesondere für die ukrainische Seite im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination, sogar sehr nützlich. Im Zusammenhang damit, dass Einheiten des „Rechten Sektors“ vom Kommando der ukrainischen Streitkräfte nicht als vollwertig, zur Armee gehörig angesehen werden, können sie in den Schmutz gezogen und aller Übel beschuldigt werden. Und das wichtigste ist, solche Beschüsse kann die ukrainische Seite einfach nicht anerkennen, weil sie nicht genehmigt waren. Wie dies am 9. Mai 2017 beim Beschuss des Zentrums von Besymennoje während einer Festveranstaltung durch Strafsoldaten aus „Asow“ der Fall war. Damals hat die ukrainische Regierung sich auch geweigert, die Verantwortung für den Beschuss des Territoriums der DVR zu übernehmen, aber nachdem Dokumente veröffentlicht wurden, die vom Gegenteil zeugten, saßen sie in der Patsche.

Außerdem haben wir von denselben Quellen aus der 25. Brigade die Information erhalten, dass von Einheiten der ukrainischen Streitkräfte **Beschüsse unter Verwendung von schwerer Artillerie und Mörsern auf das Gebiet der Donezker Filterstation vorbereitet** werden. Die Verantwortung für die Eröffnung des Feuers wird ein weiteres Mal auf, wie der leitende Militärstaatsanwalt der Ukraine sie nennt, ungesetzliche militärische Formationen der ukrainischen Nationalisten geschoben werden. Im Zusammenhang damit rufen wir die Weltgemeinschaft auf, die Verbrechen der ukrainischen Seite zu verurteilen. Denn ein extrem wichtiges Lebenserhaltungsobjekt wird bedroht.

Wir schließen nicht aus, dass solche provokativen Aktivitäten vom **Sicherheitsdienst der Ukraine** gebilligt wurden, die derzeit einen **Komplex von Maßnahmen zur Diskreditierung der ukrainischen Nationalisten** gegenüber der Regierung der Ukraine und deren Kuratoren in den USA durchführen.

Unsere Aufklärung stellt weiterhin **Fälle von Plünderungen** durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in von der Regierung der Ukraine kontrollierten Ortschaften fest. So wurde uns ein weiterer schlimmer Übergriff ukrainischen Kämpfer bekannt. Im einzelnen hat eine der Artillerieeinheiten der 54. mechanisierten Brigade bei einer Einwohnerin von Swetlodarsk für den Zeitraum bis zur Rotation mit der 53. Brigade Wohnraum erbeten. Die Frau stimmte zu, aber anstelle der angekündigten 15 Mann wurden doppelt so viele Soldaten in dem Haus untergebracht.

Nach Abschluss der Rotation haben die Soldaten den Wohnraum verlassen und das Haus völlig verwüstet zurückgelassen. Dabei hat ein Soldat mit dem Codenamen „Bulawa“ auf Anfrage dieser Frau hin offen erklärt, dass ihr gesamtes Eigentum zum Gebrauch der kämpfenden Armee requiriert wurde, weil sie eine Separatistin sei.

Es ist wichtig anzumerken, dass Beschwerden und Tränen der Geschädigten vom Kommando der ukrainischen Streitkräfte und der ukrainischen Polizei ignoriert wurden.

Derzeit ist diese Einheit im Gebäude eines Kindergartens von Swetlodarsk untergebracht, wo sich das gesamte gestohlene Eigentums der geschädigten Frau befindet.

Wir sehen, dass alle Erklärungen irgendwelcher militärisch-ziviler Administrationen und militärischen Rechtsordnungsdiensten über die Schaffung von Ordnung einfach nur Worte bleiben – tatsächlich blühen die Plünderungen weiter.

de.sputniknews.com: Lawrow gesteht: Keine Beweise für US-Komplott mit IS

Russland hat laut Außenminister Sergej Lawrow keine Beweise dafür, dass sich die USA mit der berüchtigten Terrormiliz Daesh (auch Islamischer Staat, IS) in Syrien verschworen haben. „Von einer Verschwörung kann ich nicht sprechen. Wir bleiben bei den Fakten und haben keine Beweise, dass es eine Verschwörung gab“, sagte Lawrow am Donnerstag in Moskau. Er forderte jedoch, den Informationen des Senders BBC nachzugehen, laut denen zusammen mit syrischen Zivilisten mindestens 300 IS-Terroristen aus Rakka evakuiert worden seien.

Ein solcher ungehinderter Rückzug der Terroristen habe der syrischen Regierungsarmee, die gemeinsam mit der russischen Luftwaffe dem IS den Rest geben wolle, natürlich die Arbeit erschweren können, so der russische Außenminister. Das müsse aufgeklärt werden. Anfang dieser Woche hatte das russische Verteidigungsministerium das US-Militär beschuldigt, den IS in Syrien „direkt zu unterstützen“.

Nach Angaben des Ministeriums hatte sich die von den USA angeführte Militärkoalition geweigert, die bewaffneten IS-Terroristen anzugreifen, als diese in kilometerlangen Kolonnen (Fotos >>) die umkämpfte Stadt Abu Kamal Richtung syrisch-irakische Grenze verließen. Dabei soll die Koalition auch die russischen Luftstreitkräfte daran gehindert haben, die aus der letzten IS-Hochburg flüchtenden Terroristen anzugreifen.

Zuvor hatten Zivilisten in al-Mayadin berichtet, dass mehrere IS-Anführer kurz vor dem Einrücken der syrischen Regierungstruppen von der amerikanischen Luftwaffe evakuiert worden seien. IM September hatte die Nachrichtenagentur RIA Novosti über eine Rettung von 20 IS-Spitzen aus dem umkämpften Deir ez-Zor berichtet

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt**, in den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen das Regime der Feueinstellung **fünfmal** verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Kalinowka, Nishneje Losowoje, Dolgoje und Krasnyj Jar**. Bei den Beschüssen haben die ukrainischen Streitkräfte 120mm- und 82mm-Mörser, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 130 Geschosse abgeschossen.

Es wird die Information von örtlichen Einwohnern auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium bestätigt, dass Soldaten des 109. Bataillons der 10.

Gebirgstruppenbrigade der ukrainischen Streitkräfte sich mit **Plünderungen und ungesetzlicher Einnahme von Wohnraum** im Gebiet von Solotoje befassen.

In der örtlichen Polizeiabteilung sind schon mehr als 20 Anzeigen eingegangen, die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte der Plünderung und des Raubs beschuldigen.

In den Reihen der ukrainischen Streitkräfte sinkt das moralisch-psychische Niveau weiter ab. Ein Bestätigung dessen sind weitere Fälle von **Verletzung der militärischen Disziplin und von Desertion** in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte.

Nach Information unserer Aufklärung wurden im Verlauf einer Überprüfung der Einheiten der 54. mechanisierten Brigade fünf zuvor verheimlichte Fälle entdeckt, wo Soldaten den Stationierungsort verlassen haben, drei davon mit der Waffe.

Der Aufenthaltsort der Deserteure ist bis heute nicht bekannt.

In Stschastje haben drei Soldaten der 80. Luftsturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte im betrunkenen Zustand eine alte Frau angehalten, um ihre Tasche zu durchsuchen, die ihnen angeblich verdächtig erschien. In der Folge der Durchsuchung haben sie demonstrativ alle Sachen zerrissen, die sich in der Tasche befanden und ein Portemonnaie mit ihrer Rente an sich genommen. Zum Schluss warnten sie die Frau, dass, wenn sie eine Anzeige bei der Polizei erstattet, sie der Unterstützung von Separatisten beschuldigt werden wird.

de.sputniknews.com: **Ukraine feiert Weihnachten „mit ganzer zivilisierten Welt“** – Sicherheitsratssekretär

Die Ukraine feiert nun offiziell am 25. Dezember Weihnachten nach dem gregorianischen Kalender. Der ukrainische Sicherheitsratssekretär Alexander Turtschinow kommentierte die Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes, hat der Pressedienst des Nationalen

Sicherheits- und Verteidigungsrates mitgeteilt.

„Das ist eine ausschlaggebende historische Entscheidung, die die Position der Ukraine auf dem Weg zur europäischen Integration stärkt und uns erlaubt, mit Moskaus Kalendern und russischen imperialen Standards zu brechen“, so der Sicherheitsratssekretär.

Die Ukraine feiere nun Weihnachten „zusammen mit der ganzen zivilisierten Welt, laut dem Kalender, nach dem wir leben“.

Die Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) hat am 16. November mit großer Mehrheit den 25. Dezember zum arbeitsfreien Weihnachtsfeiertag erklärt. Damit hat das Land ab jetzt zwei Weihnachtsfeiertage. Denn auch der 7. Januar, Tag des orthodoxen Weihnachtsfestes, ist arbeitsfrei. Gleichzeitig beschlossen die Abgeordneten, den noch aus Sowjet-Zeiten stammenden Feiertag am 2. Mai abzuschaffen.

Die Nachricht erntete eine scharfe Reaktion im Netz. Viele Benutzer empörten sich darüber, dass ein „mehrheitlich orthodoxes Land ein katholisches Weihnachten“ feiern werde. Einige fragten scherzhaft, wann die Rada auch das jüdische Chanukka zu einem offiziellen Feiertag erklären werde. Der Politologe Dmitri Kornejtschuk vermutete auf Facebook, diese Entscheidung sei unter dem Einfluss der „US-Baptistenlobby“ getroffen worden.

In der Ukraine gibt es drei große orthodoxe Konfessionen: die zum Moskauer Patriarchat gehörende ukrainisch-orthodoxe Kirche, die Kirche des Kiewer Patriarchats und die fast 100 Jahre alte Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche (UAOK). Nur vier Prozent der Einwohner sind dagegen evangelisch oder katholisch. Unter den registrierten christlichen Gläubigen sind es jedoch mehr als 30 Prozent, weil die orthodoxen Gemeinden ihre Kirchgänger weniger genau erfassen



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31330/58/313305881.jpg>

Dnr-online.ru: Im Dorf Berestowoje, das sich auf dem zeitweise von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorium befindet, haben Beobachter der OSZE-Mission drei 152mm-Artillerieschütze 2S3 „Akazija“ entdeckt und im Gebiet des Dorfes Orlowka einen Abwehrraketenkomplex 9K33 „Osa“. Die Stationierung dieser Waffen in diesem Gebiet widerspricht der Abzugslinie für schwere Technik, die in den Minsker Vereinbarungen festgelegt wurde. Dies teilt heute eine Quelle aus den Rechtsschutzorganen der DVR mit. Außerdem haben die OSZE-Beobachter in den ständigen Lagerorten der ukrainischen Streitkräfte 20 Panzer (8 T-64 und 12 T-72), 9 Mörser (2B14 „Podnos“, 82mm) und 15 100mm-Antipanzerschütze 2A29 „Rapira“ nicht vorgefunden.

de.sputniknews.com: US-Invasion in Syrien von Uno genehmigt? Moskau verlangt Erklärung von USA

Die USA behaupten, sie hätten eine Erlaubnis der Uno für eine Invasion in Syrien. Wegen dieser jüngsten Aussage des Pentagon-Chefs James Mattis ist Moskau erstaunt, so die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa.

"Wir möchten gern verstehen, von welchem Mandat die Rede ist, und möchten, dass diese Frage nicht rhetorisch bleibt oder in der Luft hängt. Wer hat das Mandat erteilt, und wann? Gibt es vielleicht eine Kopie irgendeines Dokuments?", fragte Sacharowa am Donnerstag bei einem Pressetreffen in Moskau.

Das einzige Gremium nach der Generalversammlung der Vereinten Nationen, das bevollmächtigt sei, Entscheidungen über den Einsatz militärischer Gewalt durch die internationale Gemeinschaft zu treffen, sei der UN-Sicherheitsrat. Dieses Gremium hat jedoch den USA keine solche Genehmigung bezüglich Syriens erteilt, so Sacharowa weiter.

Sie fügte hinzu, dass Mattis gegenüber Journalisten gesagt hatte, US-Militärs würden Syrien solange nicht verlassen, bis „ein Fortschritt in der politischen Regulierung“ erreicht sei. „Wer und wie wird aber bestimmen, ob der Fortschritt genug oder nicht genug erreicht wurde? Wo ist der Mechanismus zur Messung der politischen Suffizienz?“, sagte Sacharowa. Zuletzt hatten Medien berichtet, dass Mattis behauptet hat, die Uno habe die USA dazu ermuntert, militärisch in Syrien zu operieren.

„Wissen Sie, die Vereinten Nationen haben gesagt, dass wir im Grunde genommen den 'Islamischen Staat' verfolgen können. Und wir sind dort, um diese Leute auszuschalten“, sagte Mattis am Montag auf die Frage eines Reporters und bezog sich auf die US-Militärpräsenz in Syrien.

Der stellvertretende Außenminister der Russischen Föderation, Gennadi Gatilow, kritisierte die Aussagen des US-Verteidigungsministers, meldete der Sender RT. Demnach können die Vereinten Nationen eine ausländische Invasion in Syrien oder einem anderen Land nicht beschließen, weil dies völkerrechtlich absolut unmöglich sei. "Die UN kann so etwas nicht tun", sagte er.

Gatilow machte darauf aufmerksam, dass Syrien ein souveräner unabhängiger Staat ist und deshalb nur die syrische Regierung die Streitkräfte von Drittstaaten auf ihr Territorium einladen könne. "Die UN hat kein solches Recht", zitierte die russische Tageszeitung „Rossijskaja gaseta“ Gatilow.

Zuvor hatte der syrische Vize-Außenminister Faisal Mekdad erklärt, dass die Anwesenheit von US-Militärs im Land „illegal und unzulässig“ sei, da sie nicht von der Regierung gebilligt worden sei.

Washington solle demnach seine Soldaten abziehen, sonst werde die syrische Armee diese als feindliche Streitkräfte betrachten.

Die von den USA geführte Koalition fliegt nach eigener Darstellung seit August vergangenen Jahres Luftangriffe gegen IS-Stellungen in Syrien und im Irak. In Syrien geht sie ohne Zustimmung der dortigen Regierung vor. Doch bleiben die Bombardements ohne Wirkung: In den vergangenen Monaten hatte der IS sogar expandieren können

Dnr-online.ru: In Erwiderung zu den in der Bevölkerung verbreiteten Gerüchten über eine Erhöhung der Tarife für Heizung hat der Minister für Städtebau und Kommunalwirtschaft der DVR Sergej Naumez am 16. November eine offizielle Erklärung abgegeben.

Nach den Worten des Ministers bleibt der Tarif für Heizwärme in der DVR auf dem früheren Vorkriegsniveau und wird in der nächsten Zeit nicht erhöht werden. „Wir kehren nicht das erste Mal zu dieser Frage zurück, aber jemand bringt dieses Thema bewusst in Gang. Für unsere Bürger ist es wichtig zu wissen, dass die Beschränkung der Tarife einer der Faktoren der Stabilität in der DVR ist und alle Gerüchte über ihre Erhöhung nur Versuche

sind, die Lage in der Republik zu unterminieren“, sagte Sergej Naumez. Er beruhigte die Einwohner der Republik auch in Bezug darauf, dass die **Tarife für die Bevölkerung bei den übrigen kommunalen Diensten auch nicht angehoben** werden. „Mit aller Verantwortlichkeit erkläre ich, dass dies heute eine prinzipielle Position der Führung der Republik und des Ministeriums für Bauwesen und Kommunalwirtschaft ist. Die Tarifpolitik in der DVR ist auf den Schutz der Interessen der Bürger gerichtet. Wir berücksichtigen bestimmte Probleme in der ökonomischen Situation und deshalb halten wir die Preise auf dem früheren Niveau“, unterstrich Sergej Naumez.

Ukrinform.ua: Durchsuchung mit Videoaufzeichnungen: Parlament schützt Unternehmen vor Druck der Sicherheitsbehörden

Die Werchowna Rada hat am Dienstag ein Gesetz beschlossen, das unter anderem eine Videoaufzeichnung der Durchsuchung im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens vorsieht. Das neue Gesetz regelt neu die Durchsuchung und Beschlagnahme von Sachen bei Unternehmern und erhöht ihr Schutzniveau. Die Videoaufzeichnung der Durchsuchung ist jetzt obligatorisch. Die Ermittler sollen die Beschlagnahme von Originaldokumenten und deren Kopien begründen. Das Gesetz verbietet die Beschlagnahme von „elektronischen Informationssystemen“. Die Dateien dürfen nur kopiert werden

de.sputniknews.com: Belgrad zu Positionierung in Krim-Frage gedrängt

Im serbischen Parlament ist eine Erklärung zur Krim vorbereitet worden, schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Donnerstag.

Die oppositionelle Serbische Radikale Partei hat zur nächsten Parlamentssitzung eine Erklärung mit der Aufforderung an die Regierung vorbereitet, die Legitimität des Referendums 2014 auf der Krim und die Halbinsel als unabdingbaren Teil Russlands anzuerkennen.

Serbien bleibt eines der wenigen europäischen Länder, die die Wiedervereinigung der Krim und Russlands nicht verurteilten. Dabei hoben hochrangige Quellen in der serbischen Regierung sowie in der Regierungspartei hervor, dass das Kosovo-Problem Belgrad daran hindert, seine Position in der Krim-Frage zu definieren.

„Belgrad kann nicht die Unterstützung Moskaus bei umstrittenen Territorialfragen erwarten, falls es die territoriale Integrität Russlands nicht anerkennen wird. Deswegen ruft unsere Partei die Regierung zur schnellstmöglichen Lösung dieser Frage und zur Anerkennung der Wiedervereinigung der Krim und Russlands auf. Wir machten immer auf dieses Problem aufmerksam und werden von unseren Positionen nicht abweichen“, sagte der serbische Abgeordnete Aleksandar Šešelj.

Die Serbische Radikale Partei gehört zwar zur Opposition, hat jedoch großen Einfluss und Ansehen in Serbien. Zudem hatten die zwei letzten Präsidenten des Landes – Tomislav Nikolic und Alexander Vucic – einst führende Posten in dieser Partei inne, wo sie de facto ihre ersten Schritte in der großen Politik machten.

Laut Quellen in der serbischen Regierung bleibt das Hauptproblem bei der Anerkennung der Krim die ungelöste Kosovo-Frage.

„Zwischen Kosovo und der Krim gibt es einen prinzipiellen Unterschied. Die Krim war russisch von der Zeit Katharinas II. bis zum Zerfall der Sowjetunion. Kosovo erhielt breite Autonomierechte erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Zudem gab es auf der Krim ein Referendum, während das Kosovo von Serbien unter Verstoß gegen alle Völkerrechtsnormen abgetrennt wurde“, sagte eine Quelle in der serbischen Regierung.

Wie eine hochrangige Quelle in der regierenden Serbischen Fortschrittspartei betonte, erklären sich die meisten Serben solidarisch mit dem Status der Krim, doch geopolitische Interessen hindern Belgrad daran, die Zugehörigkeit der Halbinsel zu Russland anzuerkennen.

„Die Ukraine erkennt die Unabhängigkeit des Kosovo nicht an, und das ist wichtig für Belgrad. Vertreter der ukrainischen Botschaft in Serbien wandten sich mehrmals mit der Bitte an die serbische Regierung, im Gegenzug den Beitritt der Krim zu Russland zu verurteilen. Zudem muss man in Erwägung ziehen, dass Belgrad der EU beitreten will, die wegen der Krim antirussische Sanktionen einführt“, so die Quelle. Doch das heiÙe nicht, dass das Land nicht Wege zur Lösung des Krim-Dilemmas finden werde.

Ukrinform.ua: Putin sprach mit Anführern der Terroristen über Gefangenenaustausch
Der russische Präsident Wladimir Putin hat mit den Anführern der so genannten „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ einen Gefangenenaustausch in der Ostukraine besprochen.

Das meldet die Pressestelle des Kremls. Die Leiter der „Volksrepubliken“, Alexandr Sachertschenko und Igor Plotnizki, hätten die Initiative über den Austausch unterstützt, betonten aber, dass „diese Frage noch mit Vertretern der ukrainischen Seite erörtert werden muss“.

Die Vertreterin der Ukraine in der humanitären Untergruppe der trilateralen Ukraine-Kontaktgruppe, Iryna Heraschtschenko, teilte mit, dass die Ukraine „schon lange bereit ist, alle auszutauschen, wenn die ukrainische Gesetze das erlauben“. Sie habe in der humanitären Untergruppe aufgerufen, die Freilassung von Geiseln zu ermöglichen, weil schon 14 Monate niemand freigelassen wurde. „Wir lassen uns aber nicht erpressen und können jene, die unter die Minsker Vereinbarungen nicht fallen, nicht freilassen“, sagte sie.

Zuvor wurde mitgeteilt, dass Putin „auf Bitte von Wiktor Medwedtschuk“ versprach, mit den Anführern der Terroristen über den Gefangenenaustausch zu sprechen.

Nach Angaben von Iryna Heraschtschenko befinden sich unter den Geiseln im Donbass Journalisten, Jugendliche, Volontäre und neun Frauen.

dnr-online.ru: Heute kommentierte das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko während eines Besuchs im Telmanowo-Bezirk das gestrige Telefongespräch mit dem Präsidenten der RF Wladimir Putin.

„Während unseres Gesprächs haben wir eine Reihe von Fragen erörtert, die die Kriegsgefangenen betreffen. Derjenige, der besser ist, mehr Seelenstärke hat, der wird siegen. Deshalb sind wir auf diesen Vorschlag eingegangen. Jetzt hat die Ukraine das Wort. Wir sind bereit die Gefangenen, die sich bei uns befinden, gegen fast 300 Menschen auszutauschen, die die Ukraine übergeben muss. Wenn sie bereit sind, diese Menschen auf der Liste zu übergeben, so werden wir einen Austausch durchführen“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Ukrinform.ua: SBU kennt keine Details über Gespräch von Putin mit Anführern der Terroristen

Details über ein Gespräch des russischen Präsidenten, Wladimir Putin, mit den Anführern der so genannten „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ sind dem Sicherheitsdienst der Ukraine SBU nicht bekannt.

Das sagte die Sprecherin des Dienstes, Olena Hitljanska, in einem Kommentar für den TV-Sender „112 Ukraine“. Der SBU hoffe aber, dass solche Erklärungen die Bereitschaft bedeuten, den Weg für einen Gefangenenaustausch frei zu machen. Die Ukraine sei bereit, „alle gegen alle“ auszutauschen. „Wir begrüÙen alle Initiative, die unseren Bürgern helfen können, nach Hause zurückzukehren“, betonte die Sprecherin.

Der russische Präsident, Wladimir Putin, hatte dem am 15. November dem Leiter der Organisation „Ukrainische Wahl“, Wiktor Medwedtschuk versprochen, mit den Anführern der „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ über den Gefangenenaustausch zu sprechen. Das

Gespräch fand am gleichen Tag statt.

Laut der Vertreterin der Ukraine in der humanitären Untergruppe der trilateralen Ukraine-Kontaktgruppe, Iryna Heraschtschenko, werden in den besetzten Gebieten der Ukraine etwa 152 Menschen als Geiseln gehalten. Etwa 20 Staatsangehörige der Ukraine werden in Russland aus politischen Motiven inhaftiert.

de.sputniknews.com: **USA stufen ukrainische nationalistische Organisation als Terrorgruppe ein**

Ein Konsortium für Terrorismus-Studien bei der Maryland University hat die ukrainische nationalistische Organisation S14 (Sitsch) als terroristisch eingestuft, berichtet die russische Zeitung „Wsgljad“ am Donnerstag in ihrer Onlineausgabe.

Es handele sich um eine paramilitärische rechtsradikale Gruppe, die eng mit der nationalistischen ukrainischen Partei Swoboda (Freiheit) verbunden sei, hieß es. Der S14-Gruppe wird unter anderem zur Last gelegt, rassistische Materialien verbreitet und Märkte überfallen zu haben, deren Besitzer keine ukrainische Herkunft hatten.

Die Zahl 14 in der Bezeichnung der Gruppe symbolisiert den aus 14 Wörtern bestehenden Slogan des US-Nationalisten David Lane: "We must secure the existence of our people and a future for White children" (Wir haben die Existenz unseres Volkes und die Zukunft für Weiße Kinder zu schützen)

de.sputniknews.com: Zentrum von Damaskus unter Beschuss durch Terroristen – Todesopfer und Verletzte

Das Zentrum der syrischen Hauptstadt ist unter Mörserbeschuss durch Terroristen geraten, meldet die Nachrichtenagentur SANA am Donnerstag.

Unter Mörserbeschuss durch Milizen auf dem Platz Abassiyen und im Bezirk Sabaa Bahrat in Damaskus wurde mindestens ein Mensch getötet, 13 weitere erlitten Verletzungen.

Nach Angaben der Agentur befinden sich Terroristen in den östlichen Vororten von Damaskus. In den letzten Monaten begannen sie sowohl Zentralbezirke der Hauptstadt als auch die so genannten Schlafbezirke am Rand von Damaskus häufiger zu beschießen. Dabei verstoßen die Milizen gegen das in Astana unterzeichnete Abkommen über Deeskalationszonen in Syrien, so die Agentur unter Verweis auf syrische Militärs

de.sputniknews.com: **Kreml kommentiert Putins Telefonat mit Chefs der Donbass-Volksrepubliken**

Kremlsprecher Dmitri Peskow hat das Telefonat zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und den Chefs der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, das dem Gefangenenaustausch im Donbass gewidmet war, kommentiert.

Peskow unterstrich, Russland übe keinen Druck auf die Donbass-Volksrepubliken aus.

„Wir haben keine Möglichkeit, irgendwie Druck auf diese Volksrepubliken auszuüben, wir haben keine Möglichkeit, jemandem dort Anweisungen zu erteilen, denn diese Republiken führen ein selbstständiges Leben“, sagte Peskow.

Er merkte dabei an, Putin habe nie verheimlicht, dass er eine Möglichkeit habe, an die Chefs der Donbass-Volksrepubliken zu appellieren und auf sie einen „bestimmten, aber keinen grenzenlosen Einfluss“ auszuüben.

Peskow betonte, die Chefs der Donbass-Volksrepubliken hätten im Gespräch mit Putin darauf gehofft, dass es gelingen werde, mit der Ukraine die Einzelheiten des Gefangenenaustausches abzustimmen.

Zuvor wurde mitgeteilt, Putin habe bei seinem Telefonat mit den Chefs der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, Alexander Sachartschenko und Igor Plotnizki, den Vorschlag des ukrainischen Politikers Viktor Medwedtschuk für einen Gefangenenaustausch im Donbass

besprochen....

Abends:

de.sputniknews.com: Russischer Botschafter warnt Nato vor „transzedenten“
Verteidigungsausgaben

Der russische Nato-Botschafter Alexander Gruschko hat die Nato-Länder vor einer Gefahr der Vergrößerung ihrer Militärhaushalte auf die beschlossene Höhe von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts gewarnt.

„Die gesamten Ausgaben von Europa werden dann bei etwa 400 Milliarden liegen, und diese Summe ist selbst vom Standpunkt einer wirklichen Analyse der Gefahren und Herausforderungen aus durchaus transzendent“, betonte er in seiner Rede bei einer Veranstaltung zum 30. Jahrestag des russischen Europainstituts.

Es bestehe eine „große Gefahr, dass ein wesentlicher Teil dieser Geldmittel „nicht für die Terrorismusbekämpfung, sondern für den Kauf von Rüstungen für den sogenannten Kampf gegen einen großen Gegner ausgegeben“ werde.

Der russische Verteidigungsetat betrage rund 50 Milliarden US-Dollar (umgerechnet 42 Milliarden Euro — Anm. d. Red.), während die Militärausgaben aller europäischen Nato-Mitglieder zusammengenommen 270 Milliarden Euro ausmachten, sagte Gruschko.

Zudem verwies er darauf, dass sich die Stärke der US-Truppen in Europa nach dem Abschluss der russisch-weißrussischen Militärübung „Zapad 2017“ um das Doppelte bis Vierfache vergrößert habe. Demgegenüber hätten die russischen Truppen Weißrussland nach dem Ende des Militärmanövers verlassen, obwohl die Nato-Mitgliedsländer das im Voraus bezweifelt hätten, betonte Gruschko. Allerdings „gibt es in Weißrussland keine russischen Truppen“, hob er hervor.

„Wozu gibt es Vertrauensmaßnahmen, wenn sie sich nicht auf die Politik auswirken?“, wandte sich Gruschko an die Botschafter der europäischen Länder, die der Veranstaltung beiwohnten. Der gesamte Verteidigungshaushalt der Nato-Länder soll 2017 rund 946 Milliarden US-Dollar ausmachen. Dabei sollen allein die USA 683,4 Milliarden US-Dollar für Verteidigung ausgeben. 2014 hatten sich die Mitglieder des transatlantischen Militärbündnisses bei dem Gipfeltreffen in Wales verpflichtet, eine Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des BIP anzustreben. Dennoch kommen nicht alle Verbündeten dieser Verpflichtung nach.

Dnr-online.ru: Im Telmanowo-Bezirk wird eine moderne superintensive Apfelzucht angelegt. Mit dem Verlauf der Arbeiten machte sich das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko am 16. November bekannt. Er wurde bei dem Besuch vom Landwirtschaftsminister der DVR Wladimir Antonow begleitet.

Heute hat sich das Republikoberhaupt mit Arbeitern unterhalten, sich angesehen, wie und in welchem Tempo die Bäume gesetzt werden und hat zusammen mit dem Landwirtschaftsminister einen Apfelbaum gepflanzt.

„Ich bin vom Niveau der durchgeführten Arbeiten beeindruckt. Die Produkte, die hier gezogen werden, sind für unseren inneren Markt vorgesehen und in der Perspektive für den Export. Der Preis unserer Äpfel wird um Größenordnungen geringer sein als der, für den wir sie jetzt kaufen. Wir werden nicht bei dieser einen Pflanzung stehen bleiben – dies ist der Beginn eines großen Projekts“, sagte das Oberhaupt der DVR gegenüber Journalisten. Alexandr Sachartschenko teilte mit, dass im weiteren auch die Pflanzung von Kirschen, Pflaumen und anderen Obstbäumen geplant ist.

Die leitende Agronomin Ljdmila Arschinowa erzählte, dass das Anlegen der Pflanzung auf zwei Arten erfolgt – mit der Hand und mechanisiert. „Am Tag pflanzen wir 28-30 Setzlinge. Sie wurden in der Republik Krim und im Krasnodarsk-Bezirk beschafft. Die erste Ernte ist in zwei bis drei Jahren möglich“, sagte sie.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-11/thumbs/1510849071_screenshot_57.jpg

de.sputniknews.com: UN-Giftgasuntersuchung: Russland und USA scheitern mit Resolutionsentwürfen zu Syrien

Der UN-Sicherheitsrat hat das Mandat der Kommission, die Giftgasattacken in Syrien untersucht und am 17. November ausläuft, nicht verlängern können. Dies berichtet die Agentur AP.

Russland und die USA haben Versuche unternommen, ihre Resolutionsentwürfe über die Terminverlängerung für die UN-Giftgasuntersuchung in Syrien durchzusetzen. Um das jeweilige Dokument zu verabschieden, wären neun von insgesamt 15 Stimmen sowie kein Veto seitens der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates notwendig gewesen.

Den von Russland vorgelegten Resolutionsentwurf unterstützten China, Bolivien und Kasachstan. Die USA, Großbritannien, Frankreich, Schweden, die Ukraine, Italien und Uruguay stimmten dagegen. Weitere vier Mitglieder des UN-Sicherheitsrates – Äthiopien, Japan, Ägypten und Singapur – enthielten sich der Stimme.

Für den von den USA vorgelegten Entwurf stimmten elf Länder. Dagegen stimmten Bolivien und Russland, das letzten Endes sein Veto einlegte, so die Agentur Reuters.

Das Mandat der Untersuchungskommission läuft am 17. November aus.

Im Oktober hatte das US-Außenministerium in einer Reisewarnung einräumen müssen, dass Terroristen der mit „Dschabhat an-Nusra“ verbundenen Terrormiliz „Hayat Tahrir al-Sham“ in Syrien Chemiewaffen einsetzen.

Syrische Rebellen hatten Anfang April bei einer Giftgas-Attacke in der Stadt Chan Scheichun in der nordwestlichen Provinz Idlib rund 80 Tote und 200 Verletzte gemeldet und die syrischen Regierungstruppen dafür verantwortlich gemacht. Die syrische Armee wies diese Vorwürfe entschieden zurück. Schon drei Tage später feuerte die US Navy aus dem Mittelmeer Dutzende Tomahawk-Raketen auf den syrischen Militärflugplatz Schairat ab – völkerrechtswidrig. Beweise für eine Schuld der syrischen Regierung gibt es bisher keine.